

abenteuer sozialarbeit

Zeitung des Verdi Arbeitskreises Soziale Vereine



Frankfurt am Main und Region

Nr. 22

Ausgabe: Nr. 3 März 2012



Auch Kolleginnen und Kollegen des Netzwerkes Sozialer Arbeit beteiligten sich am Warnstreik

TVÖD jetzt – Kein Lohndumping mit öffentlichen Mitteln !

Das Frankfurter Netzwerk Soziale Arbeit und der Verdi AK Soziale Vereine tagen wieder am

Mittwoch, 14. März, 18.00Uhr, DGB-Haus EG

Du und Deine Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen!

Themen: Warnstreik am 5.3.

Tariftreuebeschluss der Stadtverordneten,

Resolutionsentwurf der Betriebsräte des Netzwerkes

Alter Wein in neuen Schläuchen – oder ein erster Erfolg des Frankfurter Netzwerkes Sozialer Arbeit und des Verdi AK ?

Wir dokumentieren den Beschluss der Frankfurter Stadtverordneten. Dieser Antrag wurde von CDU und Grünen eingebracht und wurde zwischen zeitlich verabschiedet:

Tariftreueerklärung auch bei Leistungsvereinbarungen

Dokumentart:	Vorlage
Vorlage:	NR 241
Antragsteller:	CDU;GRÜNE
Datum:	23.02.2012 (letzte Aktualisierung des Sachstandes: 27.02.2012)

Antrag vom 23.02.2012, NR 241

Betreff:

Tariftreueerklärung auch bei Leistungsvereinbarungen

Menschen, die im Rahmen von Leistungsvereinbarungen Aufgaben für die Stadt Frankfurt am Main durchführen, erhalten eine faire Bezahlung. Träger können darauf vertrauen, dass die Stadt Frankfurt am Main für gute Arbeit auch angemessen zahlt. Daher müssen Leistungsvereinbarungen auskömmlich für die Träger sein, wie dies bisher auch der Fall ist.

Die Tarifautonomie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist zu respektieren. Auch wenn Träger und Gewerkschaften vom Flächentarifvertrag abweichende Tarifverträge haben oder wenn kleine Träger keinem Arbeitgeberverband angehören und analog eines Tarifvertrages zahlen, ist dies zu akzeptieren.

Es ist auch zu respektieren, dass Gewerkschaften und Betriebsräte dabei nicht in ihren Rechten beschnitten werden.

Der Magistrat wird daher beauftragt:

1. Leistungsvereinbarungen so abzuschließen, dass die Personalkostenkalkulation auf den im jeweiligen Geschäftsfeld gültigen Tarifvertrag beruhen. Hierbei sind auch Haustarifverträge zu berücksichtigen.
2. Von den Trägern ist eine Erklärung einzufordern, dass die in den Ausschreibungen und Leistungsvereinbarungen angegebenen Tarife oder tarifnahe Bezahlung an die Beschäftigten gezahlt werden.

Resolutionsentwurf der Betriebsräte des Netzwerkes

Wir, Beschäftigte bei verschiedenen Trägern der sozialen Arbeit in Frankfurt, fordern:

Tariflöhne in der Höhe des TVÖD!

Öffentliche Aufträge nur an Träger, die Tariflöhne zahlen!

Finanzielle Transparenz und Kontrollmöglichkeiten der Beschäftigten durch Wirtschaftsausschüsse!

Gerechter Lohn! Viele Träger der sozialen Arbeit verweigern ihren Angestellten eine Entlohnung nach TVÖD und beuten damit das Engagement und die Schaffenskraft der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit aus. Als Auftragsgeber für Soziale Arbeit trägt der Magistrat der Stadt Frankfurt Verantwortung auch gegenüber den Beschäftigten der freien Träger. Der Tariftreuebeschluss der Stadtverordnetenversammlung, demnach Aufträge nur an Firmen gegeben werden dürfen, die sich verpflichten ihre Arbeitnehmer mindestens nach Tarif zu entlohnen, muss eingehalten werden.

Wir beziehen diese Forderung nicht allein auf die Stadt Frankfurt am Main, sondern auch auf alle anderen Refinanzierungs- und Zuwendungsträger, z.B. die Arbeitsagentur, das Land Hessen und die Sozialversicherungsträger.

Gegen Billigkonkurrenz und Lohndumping! Einheitliche Tarifentlohnung und deren Kontrolle beendet die ruinöse Preiskonkurrenz der Träger im sozialen Bereich. Die Lohnkosten wären für alle Träger bei vergleichbarer Aufgabenübernahme gleich. Kein Träger könnte kostengünstigere Angebote an die Zuwendungsgeber abgeben, nur weil er schlechter entlohnt als andere Mitbewerber. Eine tariftreue Entlohnung würde auch einheitliche Maßstäbe bei der Eingruppierung von Tätigkeiten an die Hand geben.

Tariflöhne – ein erster Schritt für bessere Arbeitsbedingungen! Wir streiten nicht für Tariflöhne, um dann zuzusehen, wie durch Ausdünnung der Belegschaften und anschließender Übertragung zusätzlicher Arbeit auf die verbleibenden KollegInnen die Arbeitshetze zunimmt. Im Gegenteil: Wir brauchen bessere Personalschlüssel und verbindliche, verbesserte und präziser kontrollierte Mindeststandards, welche die existierende Arbeitsverdichtung zurückdrängen! Das bedeutet im Klartext, dass die Stadt Frankfurt und andere Auftraggeber in Zukunft mehr Geld als bisher aufwenden werden müssen, denn: **Unsere Arbeit gibt`s nicht umsonst!**